

II-1240 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVI. Gesetzgebungsperiode

Nr. 675/J

1984-04-11

A N F R A G E

der Abgeordneten Dr. Leitner, Pischl, Dr. Lanner, Huber
und Genossen
an den Bundesminister für Inneres
betreffend "Notunterkunft" der Gendarmerie in Mayrhofen

Die "Tiroler Tageszeitung" berichtete in ausführlichen Artikeln (vom 11. Juni 1983 und 12. Dezember 1983) über unhaltbare Zustände in der Unterkunft des Gendarmeriepostens Mayrhofen, dessen 12 Beamte in einer gesundheitsschädlichen "Bruchbude" hausen müssen und zu Recht gegenüber dem Dienstgeber frustriert sind, weil von dieser Seite die Verhandlungen mit den Vertretern des Roten Kreuzes schon über ein Jahr lang im Gang sind und seit über einem halben Jahr offensichtlich verschleppt werden. Dies hat zur Folge, daß es den Beamten des Gendarmeriepostens Mayrhofen versagt geblieben ist, in die neue, günstig gelegene Unterkunft des Rot-Kreuz-Heimes zu übersiedeln. Zugleich sind durch die unbegreifliche Verschleppung der Verhandlungen dem Roten Kreuz erhebliche Nachteile erwachsen.

Diese Mißstände haben in der Öffentlichkeit und speziell im Zillertal und in den Kreisen des Roten Kreuzes und der Gendarmerie tiefe Verärgerung hervorgerufen. Diese wird verstärkt, weil bekannt ist, daß an den Herrn Innenminister und den Herrn Finanzminister Bittschreiben ergangen sind, von beiden Ministern Zusagen gemacht wurden, diesen Versprechungen aber keine Taten folgten.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher an den Bundesminister für Inneres folgende

- 2 -

A n f r a g e :

- 1) Was gedenkt das Bundesministerium für Inneres zu tun, um die seit über einem Jahr anhängigen Verhandlungen mit dem Roten Kreuz endlich zu einem positiven Abschluß zu bringen?
- 2) Warum wurde der Vertragsabschluß mit dem Roten Kreuz so lange aufgeschoben, obwohl die vom Vermieter von Anfang an genannten finanziellen Bedingungen sehr bescheiden und bedeutend niedriger waren, als solche vergleichbar von Finanzbehörden für deren Zwecke akzeptiert worden sind?
- 3) Warum wurden die auf die derzeitige Gendarmerie-Unterkunft bezogenen Feststellungen des Arbeitsinspektorates vom 10. November 1983 ignoriert, wonach es schwerwiegende bauliche Mängel gibt, die eine ernstzunehmende gesundheitliche Gefährdung der Dienst verrichtenden Gendarmeriebeamten bringen?
- 4) Warum wurde die Anmietung der neuen Räume bisher verhindert, obwohl für die alte, gesundheitsgefährdende und einsatztaktisch ungünstig gelegene Privatunterkunft (von 200 Quadratmetern angemieteter Fläche sind nur 80 m² tatsächlich verwendbar) ein unverhältnismäßig hoher Mietzins von monatlich über 10.000.- Schilling bezahlt werden mußte und obwohl schon vor 7 Jahren die Gelegenheit bestand und neuerdings seit Anfang 1983 wieder besteht, vom Roten Kreuz eine neue, günstig gelegene und ungleich billigere Unterkunft mieten zu können?